

Protokoll über die Sitzung Nr. 8/2019 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 18. November 2019, um 14:00 Uhr im Ratssaal

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder Gruppe CDU/WBV

Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Mitglieder SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Beigeordneter Jörg Mückenwarf
Bürgermeister Uwe Reese

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial

Beigeordnete Antje Johanna Kloster
Ausschussmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglieder Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglieder AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Thorsten Moriß
Beigeordneter Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Howard Jacques

als Gäste

Ratsmitglied Michael von den Berg
Ratsmitglied Helga Weinstock

Dezernenten

Stadtbaurat Oliver Leinert
Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Marion Winkel-Fiedelak - Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht
Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination
Eugen Folkers - Fachbereich Kommunikation & Koordination
Thorsten Breer - Fachbereich Städtische Datenverarbeitung
Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen
Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen
Tanja Harnisch - Fachbereich Finanzen

Sonstige

Petra Burmeister - Betriebsleitung Grundstücke und Gebäude
Michael Diers - Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH
Thomas Whispeler - Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH
Holger Kullik - Eigenbetrieb Technische Betriebe
Volker Lotsch - Geschäftsführer Stadtwerke
Tim Menke - Betriebsleitung Technische Betriebe
Thomas Wolanski - Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH
Thomas Fischer - Klinikum Wilhelmshaven gGmbH
Florian Neumann - Klinikum Wilhelmshaven gGmbH
Werner Sabisch - Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH
Henry Fauerbach - Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|------|--|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 23.09.2019 | |
| 4 | <u>Vorlagen an den Rat</u> | |
| 4.1 | Jahresabschluss 2018 Technische Betriebe Wilhelmshaven | 226/2019 |
| 4.2 | Entnahme aus Rücklagen | 227/2019 |
| 4.3 | Nachbewilligung zum Haushalt 2019 | 317/2019 |
| 4.4 | Änderung der Satzung über den Beirat für Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) | 172/2019 |
| 4.5 | Gestaltung der Schulgelände der städtischen Schulen | 270/2019 |
| 4.6 | Fördermittel für die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH - Sicherheitsbestellung in Form einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit | 308/2019 |
| 4.7 | Vorbereitung des Beitritts zu einer anderen Leitstelle | 229/2019 |
| 4.8 | Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Wilhelmshaven | 265/2019 |
| 4.9 | Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Friefhöfe der Stadt Wilhelmshaven (Friedhofsgebührensatzung) vom 17.11.2019 in der Fassung vom 28.11.2018 | 302/2019 |
| 4.10 | Antrag Gruppe GUS: Resolution Klimanotstand | 523/2019 |
| 4.11 | Antrag Gruppe GUS: Höhergruppierungen in der Berufsfeuerwehr | 522/2019 |
| 4.12 | Antrag Gruppe CDU/FW: Einrichtung einer dritten Oberschule am Schulstandort Paul-Hug-Straße | 527/2019 |
| 4.13 | Gemeinsamer Antrag der Gruppen CDU/WBV, GUS und FDP/FW auf Änderung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH | 528/2019 |
| 4.14 | Beschlussfassung zur Genehmigung des 1. Nachtrages des Wirtschaftsplanes 2019 des Reinhard- Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK – Eigenbetrieb) | 193/2019 |
| 4.15 | Beschlussfassung zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2020 des RNK-Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK-Eigenbetriebe) | 321/2019 |
| 4.16 | Wirtschaftsplan GGS 2020 | 255/2019 |
| 4.17 | Wirtschaftsplan TBW 2020 | 303/2019 |
| 4.18 | Wirtschaftsplan 2020 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH | 313/2019 |
| 4.19 | Wirtschaftsplan 2020 der Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (WEL) | 309/2019 |
| 4.20 | Wirtschaftsplan 2020 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH | 310/2019 |
| 4.21 | Wirtschaftsplan 2020 der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH | 311/2019 |
| 4.22 | Wirtschaftsplan 2020 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH | 312/2019 |
| 4.23 | Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) | 314/2019 |
| 4.24 | 1. Nachtragshaushaltssatzung 2019/2020 | 318/2019 |
| 5 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u> | |
| 5.1 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA | 246/2019 |
| 6 | <u>Mitteilungen und Anfragen</u> | |
| 6.1 | Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung | |
| 6.2 | Budget- und Produktberichte zum 31.08.2019 der Teilhaushalte 03, 13, 20, AF und KS | |
| 6.3 | Haushaltsbericht zum 31.08.2019 | |

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Becker**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde unverändert festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 23.09.2019

Herr Tönjes gab bekannt, dass er sich aufgrund seiner Abwesenheit am 23.09.2019 enthalten wird.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 23.09.2019 wurde mit einer Enthaltung einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Jahresabschluss 2018 Technische Betriebe Wilhelmshaven

226/2019

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Leinert berichtete, dass im Betriebsausschuss TBW ausführlich über den Jahresabschluss informiert wurde und der Betriebsausschuss einstimmig zugestimmt hat.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) zum 31.12.2018 wird gemäß Abschlussprüfung der PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit einem Jahresgewinn von 1.472.821,61 € beschlossen (festgestellt).
2. Der Lagebericht wird gleichfalls festgestellt.
3. Gemäß § 35 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.
4. Von dem Jahresgewinn werden 472.821,61 € in die allgemeine Rücklage eingestellt, sowie 1.000.000,- €* zur Verzinsung des Eigenkapitals ausgeschüttet.

4.2 Entnahme aus Rücklagen

227/2019

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass im Wirtschaftsplan 2020 für die Zukunft eine negative Entwicklung des Jahresergebnisses ersichtlich ist. Er hinterfragte, wie die Verwaltung diesbezüglich mit der Gewinnabführung von TBW umgehen möchte.

Herr Müller informierte, dass dies Problem in der Verwaltung bekannt sei und bereits Gespräche mit TBW stattgefunden haben. Die Gewinnabführung sei bezüglich ihrer Höhe festgesetzt, jedoch soll im Rahmen der Haushaltsplanung 2021/2022 über die Deckelung der Zuschüsse für den nicht gebührenfinanzierten Bereich diskutiert werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Aus dem Eigenkapital (Allgemeine Rücklage) der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) wird ein Betrag in Höhe von 1.573.000 € entnommen und an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven ausgeschüttet.

4.3 Nachbewilligung zum Haushalt 2019

317/2019

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erläuterte **Herr Müller** den Sachverhalt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die Nachbewilligung in Höhe von 52.244 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2019.

4.4 Änderung der Satzung über den Beirat für Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat)

172/2019

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Satzung über den Beirat für Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) wird wie folgt geändert:
In der Aufzählung der stimmberechtigten Mitglieder in § 3 wird
- der Passus „1 Vertreter des Freundeskreises der Körperbehinderten“ gestrichen
- „1 Vertreter der Wilhelmshavener Kinderhilfe e.V.“ durch
„2 Vertreter der Wilhelmshavener Kinderhilfe e.V., davon eine Person mit einer körperlichen Beeinträchtigung“ ersetzt

4.5 Gestaltung der Schulgelände der städtischen Schulen**270/2019**

Herr Leinert zog die Beschlussvorlage zurück, da im Wirtschaftsplan 2020 Mittel für die Maßnahme enthalten sind.

Beschluss: -zurückgezogen-

Die Verwaltung wird beauftragt, mit zunächst jeweils 200.000,-- € aus Mitteln des Wirtschaftsplanes von GGS in den Jahren 2020 bis 2022 die Gestaltung der städtischen Schulgelände fortzuführen. Diese Mittel sind in Abstimmung mit den Schulen für die Aufrechterhaltung und Gestaltung eines vielfältigen Spiel- und Bewegungsangebotes unter Berücksichtigung der Inklusion sowie der Aufenthaltsbereiche auf den Schulgeländen für die Schülerinnen und Schüler zu verwenden.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, für eine spätere Beschlussfassung eine Priorisierung vorzuschlagen, nach der die städtischen Schulgelände einer die Spiel- und Bewegungsflächen betreffenden Neugestaltung unterzogen werden und hierfür die Kosten zu ermitteln.

4.6 Fördermittel für die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH - Sicherheitsbestellung in Form einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit**308/2019**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Müller erklärte, dass man sich durch die Dienstbarkeit verpflichtet, das Grundstück bis 2042 nur zum Betrieb eines Krankenhauses zu verwenden. Die Sicherheitsbestellung sei zustimmungspflichtig und wird daher der Kommunalaufsicht vorgelegt.

Herr Dr. von Teichman betonte, dass es die Pflicht der Stadt Wilhelmshaven sei, zu kontrollieren, ob das Klinikum die Mittel sachgemäß verwendet.

Herr Müller berichtete, dass bei jedem Mittelabruf eine Begründung vorgelegt werden muss und die Verwendung genau geprüft wird.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit ins Grundbuch mit dem Inhalt: „Das Grundstück darf bis zum 30.06.2042 nicht anders als zum Betrieb eines nach § 108 Nr. 2 SGB V zugelassenen Krankenhauses genutzt werden.“ als Sicherheit für die ordnungsgemäße Verwendung für die vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, für die Fördermaßnahme „Zusammenführung Reinhard-Nieter-Krankenhaus und St. Willehad-Hospital“, bewilligten Fördermittel zu.

4.7 Vorbereitung des Beitritts zu einer anderen Leitstelle

229/2019

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Herr Dr. von Teichman sprach sich für die Beschlussvorlage aus.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Die Verwaltung wird beauftragt bzgl. eines Beitritts der Stadt Wilhelmshaven zu einer anderen Leitstelle Abstimmungen vorzunehmen.
2. Kosten und Abläufe sind zu ermitteln und zur Beschlussfassung vorzulegen
3. Bei einem Beitritt zu einer anderen Leitstelle wird der Zweckverband Friesland/Wilhelmshaven aufgelöst.

4.8 Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Wilhelmshaven

265/2019

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman brachte einen Änderungsantrag ein. Demnach sollen die, im Straßenverzeichnis zur Straßenreinigungssatzung, unter Reinigungsklasse I genannten Straßen um die „Waagestraße“, den „Neuengrodener Weg zwischen Lönsweg und Friedenstraße“, die „Butjadinger Straße“ und die „Bühnestraße“ vermindert werden. Die Straßen haben keinen Kantstein, so dass dort die Kehrmaschine nicht reinigen kann. Die Bürger würden dort also keine Leistung erhalten.

Herr Leinert teilte mit, dass die Problematik eventuell auf mehreren Straßen zu trifft. Er schlug vor die Satzung zunächst zu beschließen und garantierte, dass die Satzung dahingehend überarbeitet wird.

Auf Nachfrage von **Herrn Tönjes** und **Frau Weinstock** erklärte **Herr Leinert**, dass die Überarbeitung ungefähr 4 Monate dauern wird und die kritischen Straßen vor Ort überprüft werden.

Herr Dr. von Teichman zog seinen Änderungsantrag nach der Zusage von Herrn Leinert zurück.

Es folgte ein kurzer Austausch zwischen den **Herren Dr. von Teichman** und **Hellwig** über die Möglichkeit eines Parkverbotes in ausgewählten Straßen für den Zeitraum der Straßenreinigung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die anliegende „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Reinigung der Straßen in der Stadt Wilhelmshaven vom 16.10.1985 in der Fassung vom 20.11.2013“.

- 4.9 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven (Friedhofsgebührensatzung) vom 17.11.2019 in der Fassung vom 28.11.2018 **302/2019**

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Herr Dr. von Teichman brachte einen Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW ein. Die Beschlussvorlage soll vertagt werden und die Verwaltung soll beauftragt werden, Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen und Alternativen zur Bewirtschaftung der Friedhöfe durch TBW darzustellen. Die Gebühren würden jährlich steigen und seien nicht mehr zumutbar.

Herr Leinert informierte, dass die Beschlussvorlage im Betriebsausschuss TBW mehrheitlich angenommen wurde. Außerdem erklärte er, dass laut Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz kostendeckende Gebühren Pflicht seien, daher müssen die Gebühren erhöht werden.

Herr Prof. Dr. Preuß kritisierte, dass der Änderungsantrag von Herrn Dr. von Teichman sehr kurzfristig kam und er diesem daher nicht zustimmen werde.

Die **Herren Hellwig, Walpurgis, Münkenwarf** und **Becker** sprachen sich für die Beschlussvorlage aus und hoben hervor, dass die Steigung der Gebühren angemessen sei.

Der *Antrag der Gruppe FDP/FW* wurde mit 4 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wurde über die unveränderte Beschlussvorlage abgestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die anliegende „Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Friedhöfe der Stadt Wilhelmshaven (Friedhofsgebührensatzung)“ vom 17.10.2010 in der Fassung vom 28.11.2018.

- 4.10 Antrag Gruppe GUS: Resolution Klimanotstand **523/2019**

Frau Kloster brachte den Antrag der Gruppe GUS ein.

Anschließend stellte **Frau Kloster** einen Änderungsantrag. Der Änderungsantrag beinhaltet unter anderem, dass die Verwaltung aufgefordert wird ein Klimapräventionsprogramm zu erarbeiten.

Außerdem soll gestrichen werden, dass die Stadt Wilhelmshaven den Klimanotstand erklärt und der Titel des Antrages soll auf „Antrag der Gruppe Grün-Unabhängig-Sozial zur Erarbeitung eines Klimapräventionsprogramms für die Stadt Wilhelmshaven“ geändert werden.

Herr Dr. Schulte brachte den Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW ein. Demnach soll die Überschrift des Antrages auf „Klimaschutzanstrengungen verstärken“ geändert werden und die Verwaltung soll in den relevanten Ausschüssen und im Rat die bisherigen Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes aufzeigen. Außerdem beinhaltet der Änderungsantrag, dass in Zukunft alle relevante Vorlagen mit Hinweisen, ob positive, negative oder neutrale Auswirkungen auf das Klima zu erwarten sind, versehen werden sollen.

Herr Hellwig informierte, dass die Gruppe CDU/WBV den ursprünglichen Antrag der Gruppe GUS abgelehnt hätte, nun jedoch von den zwei Änderungsanträgen überrascht wurde. Man werde sich diesbezüglich innerhalb der Gruppe bis zur Ratssitzung beraten.

Herr Mündenwarf verkündete ebenfalls, dass die SPD-Fraktion den ursprünglichen Antrag abgelehnt hätte und sich aufgrund der Änderungsanträge zunächst enthalten wird.

Herr Prof. Dr. Preuß kritisierte die Forderung nach Ausrufung des Klimanotstandes. Hierbei handele es sich lediglich um bürokratische Maßnahmen. Wenn konkrete Ideen zum Klimaschutz vorliegen, sollten einzelne Anträge gestellt werden. Mit der Zustimmung des Antrages würde man eingestehen, dass die Stadt Wilhelmshaven bisher zu wenig zum Klimaschutz beigetragen hat. Außerdem kritisierte **Herr Prof. Dr. Preuß**, dass im Antrag keine Kosten aufgezeigt werden.

Der Vorsitzende rief zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW auf.

Der *Antrag der Gruppe FDP/FW* wurde mit 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend rief **Herr Becker** zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe GUS auf.

Der *Änderungsantrag der Gruppe GUS* wurde mit 3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Alle Änderungsanträge wurden abgelehnt, daher wurde anschließend über den unveränderten, ursprünglichen Antrag der Gruppe GUS abgestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Die Gruppe Grün-Unabhängig-Sozial beantragt für die November Ratssitzung und für die entsprechenden Fachausschüsse/Gremien ULB, GGS und FiWi sowie VA folgend:

Die Stadt Wilhelmshaven ruft den Klimanotstand aus.

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven erkennt an, dass die Stadt wächst, sich entwickelt und vielfältige Aufgaben hat. Um diese Entwicklung nachhaltig und klimafreundlich zu gestalten verabschiedet er folgende Resolution:

Die Stadt Wilhelmshaven

- erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an
- erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5 Grad Celsius zu begrenzen
- berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen. Es werden diejenigen Lösungen bevorzugt, die möglichst stark den Klima-, Umwelt- und Artenschutz berücksichtigen und den Klimawandel und dessen Folgen abschwächen. Hierzu sollen für sämtliche Beschlussvorlagen die besten Möglichkeiten für Klima-, Umwelt- und Artenschutz dargestellt und anhand der bestmöglichen Lösung bewertet werden
- fordert den Oberbürgermeister auf, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten und daraus Konsequenzen zu ziehen

Sachverhalt /Begründung:

Der Mensch hat einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind.

Die Erwärmung der Erde muss begrenzt werden, die Weltgemeinschaft hat in Paris 2015 dazu einen klaren Zielkorridor definiert. Dieser völkerrechtliche Vertrag muss nun auch auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden, denn der "Klimanotstand ist bittere Realität" wie der neue 25. Klimabericht der UNO Ende März 2019 konstatiert. Die Mehrheit der Menschen sieht den Klimawandel lt. einer internationalen Studie 2018 (PEW Studie 2018) als größte Bedrohung für die Sicherheit und den globalen Wohlstand an.

Der Klimawandel macht auch vor der Stadt Wilhelmshaven nicht halt. Die Anstrengungen der Stadt Wilhelmshaven müssen verstärkt und beschleunigt werden, um das Pariser Klimaschutzabkommen auf kommunaler Ebene umzusetzen.

Frau Kloster hat den Antrag der Gruppe GUS zurückgezogen. Es gäbe zu diesem Thema einen neuen Antrag der als Beschlussvorlage Nr. 533/2019 in den entsprechenden Ausschüssen beraten wird.

Beschluss: -zurückgezogen-

Die Gruppe Grün-Unabhängig-Sozial beantragt für die November Ratssitzung und für die entsprechenden Fachausschüsse/Gremien ULB und FiWi folgend

Der Rat beschließt die Eingruppierung der Einsatzleiter*innen/Sachbearbeiter*innen der Berufsfeuerwehr Wilhelmshaven die derzeit in der Besoldungsgruppe A10 eingruppiert sind, auf Basis des KGSt-Gutachtens für Berufsfeuerwehren vom Juni 2019 in die Besoldungsgruppe A11 einzugruppieren. Des Weiteren Beantragen wir die Eingruppierung aller Abteilungsleiter in die Besoldungsgruppe A12, **zum 01. Januar 2020** und beauftragt die Verwaltung, noch im laufenden Jahr einen Nachtragshaushalt zur Genehmigung durch den Rat vorzulegen.

4.12 Antrag Gruppe CDU/FW: Einrichtung einer dritten Oberschule am Schulstandort Paul-Hug-Straße **527/2019**

Herr Hellwig brachte den Antrag der Gruppe CDU/WBV ein und informierte, dass die Gruppe GUS einen inhaltlich gleichen Antrag gestellt hat.

Herr Schönfelder erklärte, dass der Antrag der Gruppe CDU/WBV für eine Beratung im Schulausschuss zu spät eingetroffen sei. Die Beschlussvorlage wurde daher formal nicht im Schulausschuss vorberaten.

Frau Weinstock berichtete, dass im Schulausschuss trotzdem über beide Anträge gesprochen wurde. Sie seien inhaltlich gleich. Man habe jedoch mit der Verwaltung, Schulleitern und der Bezirksregierung gesprochen und erfahren, dass eine Umsetzung des Antrages nicht mehr für das Schuljahr 2020/2021 möglich sei. Im Schulausschuss sei man sich jedoch einig gewesen, dass eine Umsetzung dann zum Schuljahr 2021/2022 erfolgen soll.

Herr Dr. von Teichman vertrat die Auffassung, dass die Schüleranzahl für die Oberschulen nur vorübergehend so hoch sei und man daher eine sparsame und gute Lösung für die Schüler finden sollte. Der Standort der ehemaligen Freiherr-vom-Stein-Schule sei nicht oder nur bedingt geeignet.

Außerdem berichtete **Herr Dr. von Teichman**, dass sich der Stadtälternbeirat und die Landesschulbehörde im Schulausschuss bezüglich des vorgeschlagenen Standortes kritisch geäußert haben.

Herr Dr. von Teichman stellte einen Änderungsantrag im Namen der Gruppe FDP/FW. Der Änderungsantrag beinhaltet den Beschluss zu vertagen und die Verwaltung zu beauftragen weitere Standorte zu untersuchen und diese im Schulausschuss beziehungsweise Rat vorzustellen.

Herr Hellwig informierte, dass man sich mit der Gruppe GUS einigen wird, wer den Antrag im Rat einbringt und das Schuljahr angepasst wird.

Herr Schönfelder merkte an, dass die Verwaltung ebenfalls den Bedarf für eine dritte Oberschule sieht.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW auf.

Der *Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW* wurde mit 2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die Gruppe CDU/WBV beantragt für die November Ratssitzung und für die entsprechenden Fachausschüsse/Gremien Schulausschuss, Ausschuss für Grundstücke und Gebäude, Finanzausschuss und VA folgend:

Einrichtung einer dritten Oberschule am Schulstandort Paul-Hug-Straße (ehem. Freiherr-vom-Stein-Schule)

Begründung:

Wie den Mitgliedern des Schulausschusses in der letzten Ausschusssitzung, am 5. September 2019, von der Verwaltung mitgeteilt wurde. Ist die Oberschule Stadtmitte aufgrund der hohen Schülerzahlen im Bereich der Sekundarstufe I mit der Aufnahme weiterer Schüler personell und räumlich überfordert. Für die Jahrgänge 7 und 8 droht die Siebenzügigkeit.

Ähnlich ist die Situation an der Oberschule Marion-Dönhoff. In den oberen Klassen besteht bereits die Fünf- und im Jahrgang 10 die Sechszügigkeit. Beide Oberschulen sind nur für eine durchgängige Vierzügigkeit gebaut und ausgestattet.

Eine dritte städtische Oberschule würde für die beiden bestehenden Oberschulen eine erhebliche Entlastung bedeuten, deren Überforderung vermeiden und auch für die Zukunft eine gute Ausbildung unserer Schüler sichern.

4.13 Gemeinsamer Antrag der Gruppen CDU/WBV, GUS und FDP/FW auf Änderung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **528/2019**

Herr Becker trug den Antrag vor.

Herr Schönfelder brachte die Änderungen der Verwaltung ein, diese wurden den Ratsmitgliedern vorab zur Verfügung gestellt. Im Wesentlichen beziehen sich die Änderungen auf 5 Regelungen. Der Zustimmungskatalog unter § 6 Absatz 5, die Informationspflicht in § 11 und das Inkrafttreten in § 15 wurden angepasst. Außerdem wurde die Anregung der Gruppe CDU/WBV berücksichtigt und die Gesellschafterversammlung soll wie bisher bestehen bleiben (§ 7 Absatz 2). Die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder soll auf 14 festgelegt werden und die Passage, dass der zuständige Krankenhausdezernent entsendet werden soll, wird gestrichen.

Frau Bakir kritisierte, dass die Änderungen zu kurzfristig seien und die Satzung detailliert innerhalb der Fraktionen besprochen werden sollte. Sie beantragte daher, die Beschlussvorlage bis zur Sitzung im Januar zu vertagen.

Herr Schönfelder, Herr Dr. Schulte und **Frau Glaser** sprachen sich gegen eine Vertagung aus.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Antrag auf Vertagung auf.

Der *Antrag auf Vertagung des Beschlusses* wurde mit einer Ja-Stimme und 13 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Walpurgis stellte einen Änderungsantrag die in § 6 Absatz 5 genannten Wertgrenzen herabzusetzen. Bei den Punkten b und c soll das Arbeitnehmerbrutto auf 50.000 € gesenkt werden und unter Punkt i soll die Grenze bei der Anschaffung und Veräußerung von Vermögensgegenständen auf 100.000 € gesenkt werden.

Frau Glaser erklärte, dass durch die vorgeschlagene Senkung der Grenzen der Aufsichtsrat über fast jede Einstellung entscheiden müsste. Außerdem führte sie als Beispiel ein Ultraschallgerät an, dieses kann bereits 100.000 € kosten. Durch die vorgeschlagenen Grenzen müsste der Aufsichtsrat über solche Anschaffungen entscheiden. Dies sei nicht zielführend.

Daraufhin zog **Herr Walpurgis** seinen Änderungsantrag zurück.

Die **Herren Hellwig, Dr. Schulte** und **Heinemann** sprachen sich für den gemeinsamen Antrag aus und baten um Zustimmung.

Herr Reese kritisierte die kurzfristigen Änderungen und kündigte an, dass die Satzung in der Fraktion diskutiert werden muss.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die Änderung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH gemäß beiliegendem neuen Satzungsentwurf.

Die Gesellschafterversammlung wird gebeten, die Satzungsänderung in ihrer nachfolgenden Sitzung ebenfalls zu beschließen.

Die Geschäftsordnung für den Geschäftsführer ist entsprechend anzupassen.

Begründung:

Im Mai dieses Jahres haben sich die vorgenannten Gruppen und Fraktionen zusammengetan, um die Satzung des Klinikums neu zu fassen. Die bestehende Satzung weist dem Aufsichtsrat und dem Gesellschafter nur ein Mindestmaß an Beteiligungs- und Zustimmungsrechten vor. Dies kann nicht so bleiben.

Zwischenzeitlich zeichnet sich ab, dass der künftige Oberbürgermeister Herr Feist sein Mandatsrecht im Aufsichtsrat wahrnehmen wird, aber wünscht, dass der Krankenhausdezernent weiterhin im Aufsichtsrat verbleibt.

§ 10 der Satzung wird insoweit geändert, dass diesem Wunsch durch eine „Soll-Vorschrift“ entsprochen wird.

Der Aufsichtsrat soll daneben aus 9 vom Rat entsandten Mitgliedern sowie wie bisher zwei ebenfalls stimmberechtigten Arbeitnehmervertretern bestehen. Die Vertreter des Willehad werden am 31.12. den Aufsichtsrat verlassen. Der Aufsichtsrat besteht dann insgesamt aus 13 Mitgliedern.

Die Änderungen der Satzung betreffen die Zuständigkeiten von Geschäftsführung, Gesellschaftsversammlung und Aufsichtsrat.

Der Katalog der Geschäfte, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, wurde erweitert. Teilweise war dies nur in der Geschäftsordnung der Geschäftsführung angesprochen. Dadurch wird eine effektive, weil durch das Zustimmungsbedürfnis vorgezogene Kontrolle der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat ermöglicht.

Damit wird das in § 137 Abs. 1 Nr. 6 NKomVG geforderte, angemessene Einflussrecht des Rates in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung im notwendigen Umfang sichergestellt.

4.14 Beschlussfassung zur Genehmigung des 1. Nachtrages des Wirtschaftsplanes 2019 des Reinhard- Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK – Eigenbetrieb) **193/2019**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der beiliegende 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan des RNK – Eigenbetriebes 2019 wird beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird für 2019 auf 2.350.000 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite für das Wirtschaftsjahr 2019 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, bleibt unverändert bei 4.000.000,00 €.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 57.500.000 € festgesetzt.

- 4.15 Beschlussfassung zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2020 des RNK-Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK-Eigenbetriebe) **321/2019**

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der beiliegende Wirtschaftsplan des RNK – Eigenbetriebes 2020 wird beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird für 2020 auf 7.650.000 € festgesetzt. Zusätzlich erfolgt eine Übernahme eines vorhandenen Darlehens aus dem Kernhaushalt zum 01.01.2020 mit einer Restschuld in Höhe von 4.995.504,75 €.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite für das Wirtschaftsjahr 2020 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.000.000,00 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 57.500.000 € festgesetzt.

- 4.16 Wirtschaftsplan GGS 2020 **255/2019**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman brachte einen Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW ein. Der beinhaltete drei Punkte. Erstens soll das Gelände der Integrierten Gesamtschule eingezäunt werden und zweitens soll die Maßnahme „Erweiterung der Stadtbibliothek im Kinder- und Jugendbereich“ in 2020 begonnen werden. Als dritter Punkt sollen Planungsmittel in Höhe von 25.000 € für die Erweiterung der Kunsthalle und den Umbau des Eingangsbereiches des Küstenmuseums eingestellt werden. Gleichzeitig soll die Beschlussvorlage 186/2016 aufgehoben werden und die Kunsthalle am bisherigen Standort verbleiben.

Herr Leinert erläuterte, dass die Umzäunung der integrierten Gesamtschule nach Abstimmung mit dem Schulamt aus laufenden Mitteln finanziert wird. Zu Punkt 2 erklärte Herr Leinert, dass für 2019 25.000 € Planungsmittel eingestellt waren und diese nicht verwendet wurden. Die Mittel werden ins nächste Jahr übertragen und müssen nicht neu veranschlagt werden. Herr Leinert empfiehlt den Punkt 3 nicht zuzustimmen, da bis heute keine Konzepte vorgelegt wurden.

Frau Kloster beantragte über die Punkte des Änderungsantrages einzeln abzustimmen.

Herr Hellwig gab bekannt, dass die Gruppe CDU/WBV dem Änderungsantrag nicht zustimmen wird.

Herr Becker rief zur Abstimmung der einzelnen Punkte aus.

Der *Punkt 1 des Änderungsantrages der Gruppe FDP/FW* wurde mit einer Ja-Stimme, 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der *Punkt 2 des Änderungsantrages der Gruppe FDP/FW* wurde mit 5 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der *Punkt 3 des Änderungsantrages der Gruppe FDP/FW* wurde mit 5 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Frau Weinstock hinterfragte, warum die Position OBS Stadtmitte im Wirtschaftsplan auf Seite 14 nicht mit Beträgen hinterlegt ist.

Herr Leinert erklärte, dass die Position mit aufgenommen werden sollte, jedoch die Höhe der Mittel noch nicht bekannt ist.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2020 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Kreditaufnahmen sind in Höhe von 8.188.300 € vorgesehen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 9.600.000 € festgesetzt.

4.17 Wirtschaftsplan TBW 2020

303/2019

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Mündenwarf bedankte sich bei TBW und seinen Mitarbeitern für die transparente und gute Vorbereitung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Technischen Betriebe Wilhelmshaven, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2020 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **25.992.765 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **21.545.000 €** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem **Liquiditätskredite** für das Wirtschaftsjahr 2020 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000 €** festgesetzt.

4.18 Wirtschaftsplan 2020 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH**313/2019**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman warnte vor einer Überschuldung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH und erinnerte daran, dass seitens des Kernhaushaltes keine Ausgleichs mehr geplant sind.

Herr Dr. Schulte zeigte sich ebenfalls aufgrund der Entwicklung der Finanzen skeptisch.

Die **Herren von den Berg, Schönfelder, Hellwig** und **Münkenwarf** hoben hervor, dass ein städtisches Krankenhaus gewünscht ist und alle Beteiligten sich dafür einsetzen, dass wirtschaftlich und trotzdem menschlich gearbeitet wird.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2020 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH (KW gGmbH) mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 3.343.000 € wird zugestimmt.

4.19 Wirtschaftsplan 2020 der Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (WEL)**309/2019**

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Herr Münkenwarf lobte die Mitarbeiter der WEL.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt den Wirtschaftsplan 2020 der Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (WEL) zur Kenntnis.

4.20 Wirtschaftsplan 2020 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH**310/2019**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman bedankte sich bei der VHS und hob positiv hervor, wie viele Mittel von Dritten eingeholt werden. Er rief in Erinnerung, dass Herr Sabisch bald in den Ruhestand gehe und man einen entsprechenden Nachfolger benötigt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2020 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH wird zugestimmt.

4.21 Wirtschaftsplan 2020 der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH**311/2019**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich bei der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2020 der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 253.310 Euro und einer Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von 2.469.969 Euro wird zugestimmt.

4.22 Wirtschaftsplan 2020 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH**312/2019**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Anschließend brachte **Herr Becker** einen Änderungsantrag der Fraktion WBV ein. Demnach sollen für die Veranstaltung „Wilhelmshaven leuchtet“ 100.000 € und für die Erweiterung der Veranstaltung „Street Art“ 25.000 € eingeplant werden. Als Deckung sollen die Mittel aus dem Bereich Stadtmarketing verwendet werden. Außerdem sollen für „500 Jahre Rüstersiel“ 20.000 €, für eine Erweiterung des „Wochenende an der Jade“ 25.000 € und für den Banter See 35.000 € eingestellt werden.

Herr Dr. von Teichman kritisierte, dass der Änderungsantrag nicht vorab zur Verfügung stand und erklärte, dass er dem Änderungsantrag nicht zustimmen werde.

Herr Walpurgis und **Herr Tönjes** kritisierten ebenfalls, dass der Antrag nicht vorab versendet wurde.

Herr Müller zeigte auf, dass für die Veranstaltung „Wilhelmshaven leuchtet“ nur für 2020 Mittel beantragt werden und eine Deckung genannt wird, in der Begründung des Antrages stehe jedoch, dass die Veranstaltung jährlich stattfinden soll. Außerdem hob **Herr Müller** hervor, dass der zweite Teil des Antrages auch im Kernhaushalt eine Mehrbelastung von 85.000 € bedeuten würde.

Herr Becker zeigte sich bereit, die Begründung abzuändern und das Wort dauerhaft bei der Veranstaltung „Wilhelmshaven leuchtet“ zu streichen.

Herr Hellwig erklärte, dass es sich hierbei um gut investierte Mittel handeln würde.

Auf Nachfrage von **Frau Weinstock** berichtete **Herr Diers**, dass ein Pächter am Banter See eventuell aufhören möchte und mit dem Pächter und Interessierten bereits Gespräche geführt werden.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Der *Änderungsantrag der Fraktion WBV* wurde mit 6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Dr. von Teichman brachte einen Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW ein. Demnach sollen die Verträge der beiden Wissenschaftlerinnen beim Küstenmuseum unbefristet verlängert werden und die Planung für die Neugestaltung der Dauerausstellung im Küstenmuseum soll fortgeführt werden. Außerdem sollen die Mittel in Höhe von 237.700 € für Stadtmarketing gestrichen werden und die notwendigen Ergänzungsmittel für die Neukonzeption der Jade-Weser-Port Infobox sollen bereitgestellt werden, dafür soll ein Gesamtkonzept umgesetzt werden.

Herr Hellwig erklärte, dass die Gruppe CDU/WBV den Änderungsantrag ablehnen wird.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Der *Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW* wurde mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Mückenwarf brachte einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein. Der Änderungsantrag sieht vor, dass für den 500. Geburtstag von Rüstersiel 20.000 € eingeplant werden.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Der *Änderungsantrag Fraktion SPD* wurde mit 10 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Anschließend rief **Herr Becker** zur Abstimmung über die Beschlussvorlage inklusive des beschlossenen Änderungsantrages auf.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-
- mehrheitlich zugestimmt -

Dem Wirtschaftsplan 2020 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 4.798.269 Euro wird zugestimmt.

4.23 Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) **314/2019**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) zum 01.01.2020.

4.24 1. Nachtragshaushaltssatzung 2019/2020**318/2019**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Walpurgis stellte einen Änderungsantrag für die Gruppe GUS. Demnach soll ein Zuschuss in Höhe von 30.000 € an Radio Jade in den Nachtragshaushalt aufgenommen werden.

Herr Dr. von Teichman, Herr Münkenwarf, Herr Prof. Dr. Preuß, Herr Hellwig und Herr Heinemann erklärten, dass die Arbeit von Radio Jade sehr geschätzt wird, man jedoch aufgrund der Haushaltslage den Zuschuss nicht gewähren könne.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Der *Änderungsantrag der Gruppe GUS* wurde mit 3 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Müller erörterte anhand der Änderungsliste die wesentlichen Veränderungen und wies darauf hin, dass sich im Stellenplan noch eine Änderung ergeben hat. Die Leitung des Fachbereiches 37 wird aufgrund einer Neubewertung höhergruppiert. Die Änderung wird bis zur Ratssitzung eingearbeitet.

Frau Glaser hinterfragte, ob mit der Position Schuldnerberatung der Zuschussantrag der Caritas abgedeckt sei.

Herr Schönfelder erklärte, dass bisher einzelne Personen eine Schuldnerberatung erhalten haben, wenn diese nach dem Sozialgesetzbuch ein Anspruch darauf hatten. Es soll nun jedoch auch ein Konzept für eine soziale Schuldnerberatung, unabhängig von dem Rechtsanspruch, geben. Der Antrag der Caritas ist dort gedanklich enthalten, jedoch sollen natürlich auch andere Träger berücksichtigt werden. Ein Konzept soll Anfang des nächsten Jahres vorgestellt werden.

Herr Dr. von Teichman bat darum zukünftig im Kulturausschuss über Änderungen des Budgets für den Bereich Kultur zu informieren. Außerdem hob er hervor, dass andere Einrichtungen, wie zum Beispiel das Küstenmuseum, ebenso eine Erhöhung des Zuschusses benötigen, wie das Wattenmeerhaus.

Herr Münkenwarf stellte einen Änderungsantrag. Der Antrag beinhaltete, dass Pro Familia einen Zuschuss für die Verteilung von Verhütungsmittel erhält.

Herr Schönfelder und **Herr Reese** erklärten, dass es sich um ein Projekt handelt, welches jetzt ausläuft und dadurch die Landesmittel wegfallen.

Die **Herren Dr. von Teichman, Hellwig, Moriß** und **Walpurgis** sprachen sich gegen den Antrag aus.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Der *Änderungsantrag der Fraktion SPD* wurde mit 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Mückenwarf forderte, dass die Stellenbewertungen bei der Feuerwehr intensiv überprüft und die Stellen höhergruppiert werden sollten.

Herr Leinert und **Herr Müller** erklärten, dass Stellenbewertungen nur durch die Verwaltung erfolgen können und die Stellen überprüft werden.

Herr Dr. von Teichman stellte einen Änderungsantrag für die Gruppe FDP/FW. Der Änderungsantrag enthielt, dass die 237.700 € für den Citymanager bei der WTF retourniert werden. Für die Fortsetzung der Planung am Küstenmuseum sollen über WTF 50.000 € zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollen die Änderungen bezüglich der Schuldnerberatung gestrichen werden. Im Bereich Wirtschaftsförderung sollen die Mittel für das Förderprogramm KMU im Jahr 2020 ersatzlos gestrichen werden und die Mittel für die Anschaffung eines Messestandes sollen ebenso gestrichen werden.

Herr Hellwig, Herr Becker und **Frau Glaser** sprachen sich gegen den Änderungsantrag aus und betonten, dass das Förderprogramm KMU unverzichtbar sei.

Herr Dr. Schulte zweifelte die Wirkung des Förderprogrammes KMU an und erklärte, dass die Beschaffung eines Messestandes mit der neuen Wirtschaftsförderung besprochen werden sollte.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW auf.

Der *Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW* wurde mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wurde über die unveränderte Beschlussvorlage abgestimmt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 i.V.m. § 115 NKomVG die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2019/2020 der Stadt Wilhelmshaven.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **246/2019**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich bei allen Spendern.

Herr Tönjes beantragte über die Zuwendung Nr. 1 und Nr. 10 getrennt

abzustimmen und kritisierte, dass der Zweck nicht genauer erläutert ist.
Die Zuwendungen Nr. 1 und Nr. 10 wurden mit 9 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die restlichen Zuwendungen wurden mit 11 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Zuwender/in	Betrag	Empfänger/Verwendungszweck
1. Firma Eisenhart Laeppché GmbH, Herr Laeppché, An der Junkerei 27, 26389 Wilhelmshaven	500,00 €	Geldspende MIG 2020 (Management Information Game) für das NGW
2. Sparkasse Wilhelmshaven, Herr Markus Bulla, Theaterplatz 1, 26382 Wilhelmshaven	277,50 €	Geldspende Sponsoring Spendenlauf für das NGW
3. GEW GmbH, Herr Christian Kucklick, Nahestr. 6, 26382 Wilhelmshaven	555,00 €	Geldspende Sponsoring Spendenlauf für das NGW
4. Oldenburgische Landesbrandkasse, Herr Christian Bunk, Staugraben 11 26122 Oldenburg	277,50 €	Geldspende Sponsoring Spendenlauf für das NGW
5. Medienhaus-Jade-Weser, Frau Christine Müller, Bismarckstr. 28, 26384 Wilhelmshaven	250,00 €	Geldspende für die Freiwillige Feuerwehr – Ortsfeuerwehr Heppens OF 1
6.TT-Immobilien Wilhelmshaven GmbH, Gökerstr. 125 G, 26384 Wilhelmshaven	200,00 €	Geldspende für den Besuchsdienst der Stadt Wilhelmshaven
7.Frau Edeltraud Mainka, Feldmark 71, 26389 Wilhelmshaven	200,00 €	Geldspende für den Besuchsdienst der Stadt Wilhelmshaven
8. Werner-Brune-Stiftung /Bad Lauterberg	500,00 €	Geldspende für den Besuchsdienst der Stadt Wilhelmshaven
9. Willi Hehl, Gartenweg 12, 26389 Wilhelmshaven	270,00 €	Geldspende für den Altenhilfe-Besuchsdienst der Stadt Wilhelmshaven

10. Firma Vynova Wilhelmshaven GmbH Inhausersielerstr. 25, 26388 Wilhelmshaven	500,00 €	Geldspende MIG 2020 (Management Information Game) für das NGW
11. Volksbank Jever eG, Jever Schlossplatz, Schlossplatz 3, 26441 Jever	622,75 €	Aufstockung des Gesamtbeitrages Spendenlauf für das NGW
12. Gerd-Möller-Stiftung, Frau Lohe Kantstr. 14, 26384 Wilhelmshaven	1000,00 €	Geldspende für die Unterstützung des Instrumenten- sembles am NGS
13. Herr Dr. Peter Schwindt, Comeniusweg 2, 26384 Wilhelmshaven	800,00 €	Bankspende für die Deichlinie
14. Frau Sigrid Müller, Ziegelstr. 22 a, 26388 Wilhelmshaven	800,00 €	Bankspende für die Deichlinie
15. Frau Helgard Schodde, Beim Pumpwerk 35, 26384 Wilhelmshaven	800,00 €	Bankspende für die Deichlinie
16. Herr Konsul Friedrich A. Meyer, Friedrich-Paffrath-Str. 110, 26386 Wilhelmshaven	800,00 €	Bankspende für die Deichlinie
17. Herr Jürgen Breeden, Erlenweg 7, 26452 Sande	107,50 €	Geldspende für den Altenhilfe-Besuchs- dienst der Stadt Wilhelmshaven

6 Mitteilungen und Anfragen

-Keine-

6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

-Keine-

6.2 Budget- und Produktberichte zum 31.08.2019 der Teilhaushalte 03, 13, 20, AF und KS

Herr Müller erläuterte die Budget- und Produktberichte der Teilhaushalte 03, 13, 20, AF und KS.

6.3 Haushaltsbericht zum 31.08.2019

Herr Müller stellte den Haushaltsbericht zum 31.08.2019 vor. Er zeigte auf, dass eine Verbesserung von 4,3 Mio. € und damit ein Jahresergebnis in Höhe von 3,4 Mio. € prognostiziert wird. Außerdem stellte er die wesentlichen Änderungen dar.

Auf Nachfrage von **Frau Bakir** erklärte **Herr Müller**, dass GGS sich wesentlich durch die Mieten, welche die Kernverwaltung an GGS für die Nutzung der Gebäude zahlt, finanziert. Die Investitionen von GGS sind durch Zuschüsse und Kredite finanziert. Im Kernhaushalt sind außer den Mietzahlungen keine weiteren Zahlungen an GGS geplant. Bei der Klausurberatung wurden die Auswirkungen der Investitionen auf die zukünftigen Mieten dargestellt.

Herr Dr. von Teichman fragte, was zukünftig mit der Burg Kniphausen geschehen soll, da die Verträge nächstes Jahr auslaufen werden.

Außerdem hinterfragte **Herr Dr. von Teichman** wie die Defizite insbesondere durch Personalaufwendungen im Bereich der Feuerwehr aufgefangen werden sollen.

Herr Müller erklärte, dass bei der Feuerwehr ungewöhnlich hohe Überstundenauszahlungen angefallen sind. Bezüglich des Rettungsdienstes verschieben sich die Erstattungen aufgrund der Abrechnungsmethode um ein Jahr. Im Nachtragshaushalt ist daher ab 2020 ein höherer Ertrag geplant.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 19:05 Uhr

Feist
Oberbürgermeister

Becker
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin